



Hagen Reinhold



ABGEORDNETER DER FREIEN DEMOKRATEN IM BUNDESTAG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Leserinnen und Leser,

die vergangene Sitzungswoche haben wir dafür genutzt, um umfangreiche Vorschläge für die Verbesserungen von Unternehmensgründungen in die parlamentarische Arbeit einzubringen. Mit unserem Antrag "Gründerrepublik Deutschland – Zukunftsfonds für eine neue Gründerzeit" setzen wir uns dafür ein, dass mehr Risikokapital für Gründungen zur Verfügung steht, unter anderem auch mit einem Dachfonds nach dänischen Modell. Neben einer auskömmlichen Finanzierung für Unternehmensgründungen halten wir die Entlastung von Bürokratie für entscheidend, um die Zahl langfristig erfolgreicher Unternehmensgründungen spürbar zu erhöhen. Unser Ziel: Gründen in 24 Stunden. Außerdem haben wir die Innovationsinitiative für das Handwerk eingebracht, um noch einmal hervorzuheben, wie wichtig es ist, Handwerksberufe einen höheren Stellenwert einzuräumen.

Im Ausschuss wurde in der vergangenen Sitzungswoche unter anderem der aktuellen Bericht der Bundesstiftung Baukultur zu den Herausforderungen der Zukunft an Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung vorgestellt. Ich freue mich immer über diese Berichte, den der Bericht betont nie die Probleme, sondern immer die Chancen und Möglichkeiten der Entwicklung. In den nächsten Wochen werden keine Sitzungen des Bundestages stattfinden. Die parlamentarische Arbeit steht aber auch während der Sommermonate nicht still. Mit einem Ohr in Berlin und einer Standleitung in mein Berliner Büro ist jetzt die Zeit, verstärkt im Wahlkreis die Stimmung und Meinungen der Bevölkerung unseres schönen Bundeslandes einzuholen. Darum wird die erfolgreiche Tour des mobilen Wahlkreisbüros während der Sommermonate verstärkt an der Küste entlang touren und alle Interessierten sind herzlich eingeladen, bei uns vorbei und mit uns ins Gespräch zu kommen. So hat sich bereits in den letzten Jahren gezeigt, dass wir nicht nur die Stimmen aus und für M-V, sondern auch für die Kollegen aus Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg einfangen – aber lesen Sie selbst...Ihr Hagen Reinhold

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag

Was war im Ausschuss:

Im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommune wurde der Baukulturbericht der Bundesstiftung Baukultur für das Jahr 2018/19 "Erbe-Bestand-Zukunft" vorgestellt. In und für die Stiftung arbeiten viele qualifizierte Kräfte aus allen Bereichen, die mit Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung zu tun haben. Die Stiftung erstellt zusammen mit Architekten, Ingenieuren, Stadtplanern und Wissenschaftlern jedes Jahr einen Bericht über die baulichen Herausforderungen der nächsten Jahre vor. Baukultur umfasst hier viel mehr als nur schöne Fassaden oder architektonische Besonderheiten. Der diesjährige Bericht behandelt zum Beispiel nicht nur die Frage, wie wir unseren Gebäudebestand erhalten und fit für die Zukunft machen, sondern auch, welche Voraussetzungen eine Stadt haben muss, damit sich die Bewohner wohlfühlen. Dazu gehören Grün- und Parkflächen im Öffentlichen Raum genauso wie der Erhalt der regionalen Besonderheiten wie der typische Backsteinbau in M-V. Alle zwei Jahre veröffentlicht die Stiftung diesen Bericht, dieses Jahr gab es die dritte Ausgabe. Leider hat sich die GroKo bisher nicht an den Vorgaben ihrer eigenen Experten orientiert. Selbst bei wissenschaftlichen und detaillierten Vorgaben können CDU und SPD also keine vernünftige Baupolitik mit Zukunftsperspektive betreiben.

Außerdem hat uns die Bundesregierung mitgeteilt, wie die Kompensationsmittel für den Sozialen Wohnungsbau von den Ländern abgerufen wurden. Für Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich dabei ein ernüchterndes Bild: Minister Pegel kann für 2018 gerade einmal 68 neu gebaute Wohnungen vorweisen, das sind 130 weniger als noch in 2017. Von den zur Verfügung gestellten Bundesmitteln in Höhe von 52 Millionen Euro im Jahr 2018 wurde ein Großteil des Geldes mal wieder nicht für Wohnungen ausgegeben, sondern ist mal wieder im Landeshaushalt untergegangen. Als Bundespolitiker verärgert mich diese Politik der Landesregierung immer wieder. Wir brauchen in M-V bezahlbaren Wohnraum. Aber mehr als Geld können wir aus Berlin den Ländern nicht zur Verfügung stellen, da laut Förderalismusreform von 2006 die Länder für den sozialen Wohnungsbau zuständig sind. Gerade M-V zeigt, dass die Länder dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Wenn die Mittel des Bundes schon bereitstehen, dann soll Pegel sie bitteschön auch an der richtigen Stelle verwenden.

[Mehr dazu finden Sie hier.](#)

Was war im Plenum:

Gründerrepublik Deutschland – Freiheitszonen für einen Aufschwung Ost

Auch im Plenum stand in der letzten Juniwoche vieles zum Thema Start-ups und Unternehmensgründung auf der Tagesordnung. Uns Freien Demokraten ist bei diesem Thema besonders die Alltagsfreundlichkeit wichtig. Folglich setzen wir uns in unseren Anträgen entschieden für Bürokratieabbau, schnellere und einfachere Prozesse und dem für eine Gründung notwendigem Vorhandensein von Kapital ein. Gerade die ostdeutschen Bundesländer Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern benötigen ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum, um an die Wirtschaftskraft der übrigen Bundesländer aufzuschließen. Dabei gerät dieser Aufholprozess mehr und mehr ins Stocken. Darum streben die Schaffung von Freiheitszonen an. Dabei muss bereits die Unternehmensgründung ohne tage- oder mitunter wochenlange Behördengänge möglich sein. Schnell, sicher und alles aus Hand sollen die künftigen Merkmale einer Unternehmensgründung in Deutschland sein. Einen solchen sog. "One-Stop-Shop", der im besten Fall alle Formalitäten digital und online abwickelt wollen wir in Deutschland etablieren. Diese sollen für Gründer besonders gute wirtschaftliche Voraussetzungen schaffen und gründen in 24 Stunden möglich machen.

[Mehr dazu finden Sie hier.](#)

Gründerrepublik Deutschland – Zukunftsfonds für eine neue Gründerzeit

Wir sind stolz auf unsere Erfinder und innovativen Unternehmen. Es mangelt uns nach wie vor nicht an mutigen Menschen mit tollen Ideen. Aber die Zahl der Gründungen geht zurück. Start-ups fehlt es oft am sogenannten Wagniskapital, da kaum Banken und Firmen in Projekte investieren, die nicht erprobt sind. Zudem scheitern unsere Gründer und ihre Erfindungen oftmals schon, bevor ihre Produkte den Massenmarkt erreichen. In wichtigen Wachstumsphasen fehlt es ihnen schlicht an Finanzierungsmöglichkeiten. Um das zukünftig zu vermeiden, muss die Eigenkapitalfinanzierung deutscher Unternehmen verbessert werden. Als Lösung dafür stellen wir uns einen Dachfonds nach dänischem Vorbild, der Kapital privater und institutioneller Anleger bündelt und in deutsche Venture-Capital-Fonds investiert um so deutschen Start-ups mehr Wagnis- und Risikokapital zur Verfügung stellt. Dabei erfolgen die Investitionen in den Dachfonds über zwei Wege: Investoren können zum einen direkt in den Dachfonds investieren. Zum anderen können Investoren über eine neu auszugebende Anleihe oder einen Kredit an den Dachfonds indirekt in diesen investieren. Die KfW übernimmt hierbei das Ausfallrisiko des Investments. Die Konstruktion des Dachfonds nach dänischem Vorbild gewährleistet demnach - trotz der Investition in Wagniskapital - eine signifikante Risikoverringerung für die Investoren. Der 2011 aufgelegte dänische Dachfonds Dansk Vækstkapital I konnte zum Beispiel die Finanzierungssituation für dänische Start-ups enorm verbessern. Diesen Fonds wollen wir u.a. mit dem Verkauf staatlicher Beteiligungen an Post und Telekom finanzieren. Auch institutionelle Anleger wie Pensions- und Rentenfonds, die momentan nicht in Risikokapital investieren dürfen, sollen im geplanten Dachfonds anlegen können.

[Mehr dazu finden Sie hier.](#)

Gründerrepublik Deutschland – Start-ups und Mittelstand vor der Urheberrechtsreform schützen

Wir wollen innovative Ideen - Start-ups haben welche. Aber die Hürden von der Idee bis zur Verwirklichung sind Immens. Durch die enge Auslegung des Artikel 17 der Urheberrechtsreform zu Uploadfiltern und Haftungsregeln bestimmter Plattformen mit nutzergenerierten Inhalten werden Gründungen weiterhin erschwert. Wir fordern Raum für innovative Ideen, für freie und kreative Meinungen und wir wollen, dass die Türen offen stehen für Unternehmen wie ein Europäisches Facebook oder Google. Start-ups bringen unsere Welt weiter und sorgen für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Unternehmen. Um dies zu gewährleisten sollen auf der Ebene des Nationalen Rechts Ausnahmen von den Haftungsregeln für Start-ups und den Mittelstand eingeräumt werden. Ergänzend ist eine genaue Betrachtung und Überwachung der Situation erforderlich. In der Folgezeit soll so verhindert werden, dass die Richtlinie innovationshemmend wirkt. Sollte dies der Fall sein muss dann auf europäischer Ebene neu verhandelt werden.

[Mehr dazu finden Sie hier.](#)

Gesetzes zur Wiedereinführung der Länderöffnungsklausel zur Vorgabe von Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und zulässigen Nutzungen

Die Energiewende gehört zu den größten Herausforderungen dieser Zeit. Gerade in unserem Küstenbundesland ist zum Beispiel die Nutzung von Windkraft ein großes Thema. Aber ein Ausbau von Anlagen gegen die Bevölkerung ist zum Scheitern verurteilt. Das sieht man an der Stimmung in M-V. Die Akzeptanz der Bevölkerung sinkt, Windkraftanlagen zur Energiegewinnung in gewissem Abstand zur Wohnbebauung zuzulassen. Aus diesem Grund besteht der Bedarf für rechtssichere gesetzliche Regelungen. Dabei hatten die Länder bis Ende 2015 die Möglichkeit beim Bau von Windenergieanlagen rechtssichere Mindestabstände festzusetzen. Mit der Wiedereinführung der Länderöffnungsklausel können die Länder wieder selber bestimmen, wie weit die Anlagen von Dörfern und Städten entfernt stehen.

[Mehr dazu finden Sie hier.](#)

Innovationsinitiative Handwerk – attraktiver, progressiver, zukunftsfester

Das Handwerk besitzt eine große wirtschaftliche Bedeutung für Deutschland und ist wesentlicher Träger von Beschäftigung, Berufsausbildung und Wachstum, besonders auch in ländlichen Regionen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass auch in der Zeit der Globalisierung und Digitalisierung, das Handwerk nicht auf der Schrecke bleibt. Viele der handwerklichen Betriebe sind Klein- und Mittelständische Unternehmen mit maximal 10 Mitarbeitern und bedürfen einer gewissen Kraftanstrengung um bei großen technischen Sprüngen mitzuhalten. Wir fordern das bereits bestehende Fördermittel stärker auf das Handwerk ausgerichtet werden. Der Bund soll auf die betroffenen Handwerkskammern, Fachverbände, Länder und Kommunen zugehen, damit die Fördermittel da ankommen, wo sie tatsächlich gebraucht werden. Wir wollen außerdem "Fab Labs" (Gewerke-übergreifende und ortsnahe Erfahrungs- und Experimentierräume) schaffen. Es ist wichtig, dass Handwerksberufe nicht stiefmütterlich behandelt werden, denn sie sind eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft. Nur gemeinsam mit ihnen, sind die Unternehmen auch zukünftig noch in der Lage, die vielen Innovationen zu verwirklichen und Deutschland als wichtigen Wirtschaftsstandort zu erhalten.

[Mehr dazu finden Sie hier.](#)

Eine nationale Küstenwache schaffen

Was wir jetzt brauchen, ist ein bundeseinheitlicher Küstenschutz und damit eine übergeordnete nationale Küstenwache. Es ist Zeit, die Fehler der bestehenden Strukturen, die nach Unglücken immer wieder in den Untersuchungsberichten auftauchen, zu beheben. Das Schiffsunglück der Pallas hat die Diskussion um die Küstenwache zwar bereits vor Dekaden ins Rollen gebracht, aber passiert ist kaum etwas. Die Lücken im Unfallmanagement an der Deutschen Küste waren und sind immer noch da, was die Beispiele "Purple Beach", "Glory Amsterdam", "MS Zoe" oder "Baltic Breeze" belegen. Der Bund muss nun endlich Flagge zeigen und die ministerieneigenen Seewasserfahrzeuge mit ordnungsrechtlichen Kompetenzen in einer übergeordneten Behörde bündeln. Das heißt Innenministerium, Verkehrsministerium, Finanzministerium und Fischereiaufsicht bekommen einheitliche Leitlinien und abgestimmte Notfall-Einsatzpläne. Auch Havariekommando und Maritimes Sicherheitszentrum fallen darunter. Wir brauchen dringend eine Küstenwache mit klar definierten fachlichen und rechtlichen Zuständigkeiten für das Ausführen eines Einsatzkonzeptes im Notfall - digital gut ausgestattet und mit einheitlichen Erscheinungsbild. Denn wenn Schiffsverkehr, Schiffsgrößen und somit auch Transportmengen steigen, hilft es nicht, sich in den wertvollen Minuten eines Krisenfalls über Zuständigkeiten der einzelnen Akteure zu streiten und Anweisungen auszuknobbeln - da muss schnell und effektiv gehandelt werden. So kann die Küstenwache koordinierend Gefahren abwehren, Sicherheit im Schiffsverkehr gewährleisten, Aufsichtspflichten bei der Einhaltung von Gesetzen erfüllen und schiffahrtspolizeiliche Aufgaben der WSV übernehmen und so werden Anweisungen auch schnell von Schiffsbesatzungen auf See akzeptiert und ausgeführt.

Mehr dazu finde Sie hier.

**Der Küstenschutz benötigt
Bündelung in Bundesbehörde.**



Treuhand-Debatte

Die Linke hat in einem Antrag einen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Arbeit der Treuhand gefordert. Wer ernsthaft Interesse an einer Aufarbeitung hat, versucht das Thema nicht populistisch für den Wahlkampf in den ostdeutschen Landtagswahlen zu missbrauchen. Linda Teuteberg appellierte daher für die Liberalen in ihrer Rede an die Abgeordneten, eine nach vorne gewandte Politik zu betreiben. Eine Politik, die lernt und die ihre Fehler nicht ständig wiederholt. Die wissenschaftliche Aufarbeitung zum Thema Treuhand wurde angeschoben, aber es ist wichtig, dass wir nicht mit dem Finger auf die zeigen, die damals Gutes wie Schlechtes hervorgebracht haben. Wir sollten versuchen objektiv mit dem Thema umzugehen. Wir fordern darum respektvolle Debatten zum Thema, die nicht vorgeben versöhnlich zu sein, sondern ernsthaftes Interesse an wissenschaftlicher Aufarbeitung haben.

[Mehr dazu finden Sie hier.](#)

Zukunft der Feuerwehren modern und attraktiv gestalten

Unser Antrag zur Zukunft der Feuerwehren in Deutschland, beschäftigt sich mit dem Ehrenamt, das aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken ist. Besonders der Bereich der Personenrettung wird zu großen Teilen von Freiwilligen getragen. Um eine bestmögliche Versorgung der Betroffenen zu gewährleisten muss daher sichergestellt werden, dass der Beruf der Feuerwehr nicht an Attraktivität und Stellung in der Gesellschaft verliert. Daher setzen wir Liberale uns dafür ein, die technische Ausstattung der Feuerwehren zu verbessern und zu modernisieren. Durch die Aufstockung der Anzahl der Fahrzeuge für den Brand- und Katastrophenschutz, die von den Ländern eingesetzt werden können, werden Versorgungsengpässe beseitigt. Darüber hinaus ist eine Offenheit gegenüber neuen Methoden, wie dem Einsatz von modernen Technologien wie etwa Drohnen zur besseren Beurteilung von Einsatzlagen, oder für die Suche nach vermissten Personen von großer Notwendigkeit. Mit Investitionen in diesem Bereich werden Leben gerettet, das sollte man stets im Hinterkopf behalten.

[Mehr dazu finden Sie hier.](#)

Bericht aus dem Wahlkreis

Die Tour mit unserem rollenden Wahlkreisbüro legt jetzt noch einmal eine Schippe drauf und tourt noch umfangreicher an der Küste und im Land. Die Liberalen stehen überall für Bürokratieabbau und wenn wir täglich Ansporn dafür brauchen, dann zeigt die Beantragung unserer Tourstandorte regelmässig, wie wichtig dieses Ziel ist. Wer niemals versucht hat, einer Stadt- oder Gemeindeverwaltung eine Erlaubnis zur Nutzung einer öffentlichen Flächen abzurufen, der kann auch kaum ermessen, welcher bürokratische Aufwand mit der Organisation von den zahlreichen Tourstopps, die wir gemeinsam besuchen, verbunden ist. Jede Stadt, Gemeinde und Kurverwaltung hat ihre eigenen Vorgaben. Das muss doch einfacher gehen! Mein Team und ich lassen uns aber davon nicht aufhalten und sind auch dieses Jahr wieder in unserem schönen Bundesland von West nach Ost und von Nord nach Süd unterwegs. Von Anklam bis Zingst ist in unserem **Tourplan** jeder Ort in den ländlichen und städtischen Räumen M-Vs vertreten. Wir besuchen ebenso wirtschaftlich erfolgreiche wie mitten im Strukturwandel stehende Gemeinden und sind neugierig auf die Meinungen, Ideen, Anregungen und Fragen die uns Bürger nach Berlin mitgeben. Zu diesem Zweck haben wir eine **Mitmachkarte** angefertigt - den direkten Draht nach Berlin - mit der wir Ihre Anregungen noch besser in den Bundestag bringen können.



Bitte
ausreichend
frankieren.

Hagen Reinhold, MdB
Wahlkreisbüro Schwerin

Goethestraße 87
19053 Schwerin

Hier ist Platz für Ihre Ideen, Anregungen und Fragen:

Grid area for writing ideas, suggestions, and questions.

Ich möchte in Kontakt bleiben:

Name, Vorname

E-Mail

Telefon

Ich möchte den Newsletter von Hagen Reinhold abonnieren

Freie Demokraten
Partei der
Mittleren **FDP**

Bericht von der Tour mit dem Landesverband

Die letzten Tourstopps in Parchim, Schwerin, Güstrow und Waren (Müritz) haben wir gemeinsam mit Liberalen vor Ort absolviert und wir konnten zahlreiche lebendige Bürgergespräche führen. Unsere **Mitmachkarte** feierte ihre Premiere und kam gut bei den Besuchern an. Neben interessierten Bürgern besuchte uns in Schwerin auch der frisch gebackene lokale Büroleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Timon Kolterjahn. Bei einer angenehmen Sommerbrise konnten wir uns über die zukünftige Arbeit der Stiftung in Mecklenburg-Vorpommern austauschen. Im Zentrum der Unterhaltung stand der aktuelle Leitartikel des liberal-Magazins "Aufbruch Ost" vom Stiftungsvorsitzenden Karl-Heinz Paqué. Bei unserem Besuch in Waren am Folgetag gewährte uns der FDP-Kreisvorsitzende Toralf Schnur Einblicke in sein Wahlkampf-Erfolgsrezept. Bei den vergangenen Kommunalwahlen gewann die FDP in Waren 8% und stellt nun die stärkste Bürgerschaftsfraktion. Die nächsten Termine können Sie unserem ständig aktualisierten **Tourplan** entnehmen. Schauen Sie doch auch vorbei!





Möglichkeiten der Emissionsreduzierung in der Schifffahrt

Zwei maritime Termine erwarteten mich in der letzten Woche und sind mir als Küstenkind immer wichtig. Scandlines informierte über die Möglichkeiten Emissionen in der Schifffahrt zu reduzieren. Die Reederei nutzt bereits Hybridfähren auf der Strecken Rostock-Gedser und Puttgarden-Rødby. Ihr Ziel sind aber Zero-Emission-Fähren. Momentan arbeiten die Betreiber der Fährschiffe daran, den Energieverbrauch stetig zu senken - das macht bei mehr als 36.000 Überfahrten im Jahr schon eine Menge aus. So versucht Scandlines nicht nur die schnellste, sondern auch die umweltfreundlichste Verbindung vom Festland nach Skandinavien anzubieten. Doch der Strombedarf für eine Fähre ist groß, und das Laden muss zukünftig in den 15 Minuten, in denen die Fähre im Hafen liegt, möglich sein. Technisch ist das machbar. Der benötigte Strom könnte aus den Überkapazitäten der lokalen Windproduzenten stammen. Mit Blick auf die Klimaziele und die Vorgaben zur Emissionsreduzierung durch die Internationale Seeschiffahrts-Organisation ein zukunftssträchtiges Projekt, das hoffentlich bald mit null Emissionen Gäste im Fährbetrieb befördert.

Auf einem zweiten Termin sprach ich mit "German LNG" zum Thema LNG-Importterminal in Deutschland. Gemeinsam mit Fraktionskollegen und Vertretern des LNG-Terminals in Brunsbüttel erörterten wir die Herausforderungen, die die Investoren vor Ort momentan zu bewältigen haben. Die Anbindung des Terminals an das Gasnetz und ein Gutachten der Deutschen Umwelthilfe (DUH), die nun mit einer Klage wegen europäischen und nationalen Störfallrecht droht und somit darüber streitet, ob die Anlage genehmigungsfähig ist, steht momentan ganz oben auf der Agenda der Investoren des Terminals. Ende 2019 soll die Investitionsentscheidung fallen, bis dahin ist nicht mehr viel Zeit. Mein Kollege Bernd Buchholz, Wirtschaftsminister Schleswig-Holsteins, sieht jedoch keine Schwierigkeiten und weist die Argumentation zurück. Die Landesregierung steht hinter dem Projekt und geht davon aus, dass das Terminal gebaut werden kann. Die Investoren kümmern sich um bauliche Maßnahmen um die sicherheitstechnischen Anforderungen zu erfüllen. Klar ist: LNG wird in der Schifffahrt immer größere Bedeutung gewinnen, da es eine deutliche emissionsärmere Alternative zum Schiffsdiesel ist. Wo in Deutschland ein Importterminal entsteht ist bis jetzt aber noch nicht geklärt. Es bleibt spannend und ich bleibe neugierig, wie die Entscheidung zum Standort eines LNG-Importterminals ausgeht.

Aus dem Leben eines Abgeordneten oder wie ich auch schon mal im Stau bei Ihnen an die Autoscheibe klopfte

Klar, ein Bundestagsabgeordneter hat einen geregelten Berlin-Stundenplan. Die Sitzungen sind vorgegeben. Die Termine dazwischen variieren zwar, sind aber alle eher förmlicher Natur und im Rahmen eines Gespräches oder einer Podiumsdiskussion. Im Sommer aber sind wir Abgeordneten neben den Gesprächen unsere eigenen politischen Unternehmer. Ein einmaliger Stand auf dem Marktplatz reicht da nicht mehr aus. Darum haben der Landesverband, mein Team und ich uns dazu entschlossen, das gesamte Jahr mit dem rollenden Wahlkreisbüro herumzufahren, umso möglichst vielen Interessierten ein Gesprächsangebot zu machen. Aber nicht nur das. Im vergangenen Jahr haben wir bei der Mega-Hitze Wasserflaschen an Stauenden verteilt oder waren am Ozeaneum in Stralsund. Dazwischen war ich in ganz Deutschland für die liberale Sache unterwegs. Und auch jetzt bin ich genauso schnell mal in Berlin, NRW oder Bayern auf Veranstaltungen, um über liberale Themen zu informieren. Online können Sie sehen, wo das mobile Wahlkreisbüro gerade tourt und das ganze Jahr über ist. Ich lade Sie herzlich ein vorbei zu kommen. Und bitte, wenn ein Abgeordneter an Ihre Fensterscheibe klopft, schütteln Sie ihm doch einmal die Hand - er freut sich über ein nettes "Hallo".

Landtagswahlen in Ostdeutschland

Drei Bundesländer wählen im Herbst ihre Landtage - Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Und in allen drei Bundesländern sind viele helfende Hände immer willkommen. Darum helft mit, fahrt hin und bietet eure Hilfe an. Vielleicht seid ihr sowieso in den Ferien dort oder wolltet schon immer mal nach Potsdam, Dresden oder Erfurt. Engagiert euch an einem Stand bei Bürgergesprächen oder beim Plakatieren der Wahlplakate. In den Landesgeschäftsstellen freuen sich die Kollegen über eure Hilfe.

Hier könnt ihr euch melden:

Landesgeschäftsstelle FDP Brandenburg in Potsdam

Leitung: Sergej Matis

Anschrift

**Freie Demokratische Partei (FDP)
Landesverband Brandenburg
Gregor-Mendel-Str. 36-37
14469 Potsdam**

Kontakt

**Telefon: 0331 – 29 16 41
Telefax: 0331 – 29 19 40
E-Mail: lvbrb@fdp.de**

Landesgeschäftsstelle FDP Sachsen in Dresden

Leiter: Thomas Widra

Anschrift

**FDP-Landesverband Sachsen
Liberales Haus
Radeberger Straße 51
01099 Dresden**

Kontakt

**Telefon: 0351 655765-0
Telefax: 0351 655765-1
E-Mail: info@fdp-sachsen.de**

Landesgeschäftsstelle FDP Thüringen in Erfurt

Leitung: Tim Wagner

Anschrift

FDP Freie Demokratische Partei
Landesverband Thüringen
Liebknechtstraße 16a
99085 Erfurt

Kontakt

Telefon 0361 3455919
Telefax 0361 3455924

E-Mail: lgs-thueringen@fdp.de

Plakatspende zur Landtagswahl in Sachsen, Brandenburg oder Thüringen 2019

Mit Ihrer **Plakatspende** können Sie uns dabei unterstützen, dass die FDP im Wahlkampf besser sichtbar ist, mehr Menschen die Plakate wahrnehmen und dass das bestmögliche Wahlergebnis erzielt wird.

Spenden Sie für ein Großflächenplakat an einem Standort Ihrer Wahl. Auch Mitglieder von Orts- und Kreisverbänden können gern Großplakate spenden.

Bitte wählen Sie die Aktion, für die Sie spenden wollen auf der Webseite. Wenn Sie für unterschiedliche Aktionen spenden möchten, können Sie das mit einer weiteren Plakatspende tun.

Hinweis

Wollen Sie den Newsletter nicht weiter abonnieren, dann geben Sie bitte unter folgender Email-Adresse: hagen.reinhold@bundestag.de bescheid. Gefällt Ihnen mein Newsletter, dann freue ich mich, wenn Sie interessierte Bürger, Freunde und Bekannte auf meinen Newsletter aufmerksam machen. Diese können sich unter gleicher E-Mail-Adresse oder auf meiner Homepage: <https://hreinhold.abgeordnete.fdpbt.de/> anmelden.

Kontaktdaten

Hagen Reinhold, MdB

Vorsitzender der Landesgruppe Ost der Fraktion der Freien Demokraten

Deutscher Bundestag | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-78388 | Telefax: +49 30 227-70390



Verantwortlich

Hagen Reinhold, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: hagen.reinhold@bundestag.de, Internet: <https://hreinhold.abgeordnete.fdpbt.de>

Diese Webseite verwendet Cookies.

[Weitere Informationen](#)

OK

Diese Webseite verwendet Cookies.

[Weitere Informationen](#)

OK